



1. Unrealistisches Ziel

Die Initiative für eine sichere Ernährung setzt mit einem Selbstversorgungsgrad von mindestens 70 Prozent ein unrealistisches Ziel. Dieses liesse sich nur erreichen, indem der Staat den Konsum tierischer Lebensmittel drastisch einschränkt. Die Schweizer Bevölkerung müsste sich mit einer Ernährung wie zu Kriegszeiten zufriedengeben. Der aktuelle Netto-Selbstversorgungsgrad beträgt rund 46 Prozent. Einen Selbstversorgungsgrad von 70 Prozent erreichte die Schweiz letztmals in den Jahren 1942 bis 1945. Damals war die Bevölkerungszahl mit 4,4 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern jedoch nur etwa halb so hoch wie heute.

2. Konsumfreiheit ade!

Die Schweizerinnen und Schweizer müssten sich künftig nicht nur vegetarisch, sondern überwiegend vegan ernähren. Um dies sicherzustellen, wären staatliche Vorgaben und eine direkte Bevormundung notwendig, die festlegen würden, was wir essen dürfen und was nicht.

3. Tiefere Erträge

Der Initiativtext sieht aus Sicht der Landwirtschaft unsinnige Auflagen für den einheimischen Anbau vor, beispielsweise die ausschliessliche Verwendung von samenfestem Saatgut. Züchtungs- und ertragsmässig würde uns dies um Jahrzehnte zurückwerfen. Die Erträge pro Fläche bei pflanzlichen Lebensmitteln wie Gemüse, Obst, Getreide, Raps oder Kartoffeln würden sinken.

4. Die Viehwirtschaft veredelt das Grasland

Flachgründige Böden, steile Flächen und ein raues Klima in höheren Lagen machen grosse Teile der Schweiz zu Grasland. Dieses Gras wird von Wiederkäuern wie Rindern, Schafen und Ziegen zu wertvollen Lebensmitteln veredelt. Die Initiative will die Unterstützung der Viehwirtschaft reduzieren und gefährdet damit die Bewirtschaftung unserer Grünflächen.

5. Mehr Einkaufstourismus

Die freie Verfügbarkeit von tierischen Lebensmitteln wie Fleisch, Milchprodukten oder Eiern zu bezahlbaren Preisen dürfte es in Schweizer Läden künftig nicht mehr geben. Wer sich beim Essen nicht bevormunden lassen möchte, wird vermehrt im grenznahen Ausland einkaufen.

6. Arbeitsplatzverlust

Weniger Tiere, tiefere Erträge im Pflanzenbau und mehr Konkurrenz durch den Einkaufstourismus reduzieren die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft. Der Strukturwandel würde sich beschleunigen, und viele Arbeitsplätze in der Landwirtschaft sowie in vor- und nachgelagerten Betrieben gingen verloren.

7. Bundesrat und Parlament sagen Nein

Der Bundesrat lehnt die Ernährungsinitiative ab. Ihm folgen sowohl der Nationalrat mit 194 zu 0 Stimmen als auch der Ständerat mit 44 zu 0 Stimmen.

8. Unnötig

Die ökologische Nachhaltigkeit in der landwirtschaftlichen Produktion ist in den letzten Jahren stark in den Fokus gerückt. Verschiedene Programme und Aktionspläne befinden sich bereits in der Umsetzung. Auch die nächste grosse Reform der Agrarpolitik verfolgt das Ziel, das Ernährungssystem als Ganzes weiterzuentwickeln und zu optimieren.

9. Zwängerei

Die Initiantin Franziska Herren und der mit ihr verbundene Verein reichten bereits 2018 mit der Trinkwasserinitiative ein ähnliches Begehren ein. Obwohl dieses 2021 vom Stimmvolk mit über 60 Prozent Nein-Stimmen klar abgelehnt wurde, geht die aktuelle Initiative noch deutlich weiter.